

CSU uneins über Termin für G 8

Beratungen über Sparpläne in Kreuth – „Qualitätspakt Hochschule“

Von unserem Münchner Korrespondenten
HENRY STERN

WILDBAD KREUTH In der CSU-Landtagsfraktion ist auf der Klausurtagung in Wildbad Kreuth eine heftige Debatte um die Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) entbrannt.

So forderten mehrere Abgeordnete in der gestrigen Generalausprache mit Ministerpräsident Edmund Stoiber, die Umsetzung der Pläne zumindest um ein Jahr auf das Schuljahr 2005/2006 zu verschieben. Nur so könne die Umsetzung erfolgreich gelingen, hieß es aus der Fraktion. Vor allem die Lehrpläne müssen aus Sicht der Abgeordneten „massiv abgespeckt“ werden. Ob dies bereits bis zum Sommer gelingen kann, wird trotz gegenteiliger Beteuerungen von Kultusministerin Monika Hohlmeier in der Fraktion offenbar zumindest angezweifelt.

„Kurz und schmerzlos“

Die Befürworter einer Umsetzung noch in diesem Jahr verweisen dagegen auf eigene G 8-Pläne in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Bei einer Verzögerung würde Bayern deshalb zum Nachteil der bayerischen Schüler einen Wettbewerbsvorteil verspielen. Zudem könnten private Schulen bereits in diesem Jahr zu Lasten der staatlichen Gymnasien vorpreschen. „Wenn man das G8 will, dann muss man es kurz und schmerzlos machen“, erklärte deshalb der Forchheimer CSU-Bildungsexperte Eduard Nöth. Fraktionschef Joachim Herrmann betonte, die Grundsatz-Entscheidung für das G 8 sei in der CSU unumstritten. Ein entsprechender förmlicher Beschluss werde spätestens nächste Woche getroffen. Dieser sei dann „eine Einladung an alle Betroffenen zu einem engen Diskurs“, so Herrmann.

Begleitet von Protesten mehrerer tausend Studenten in München gegen den geplanten Stellenabbau an Hochschulen verabschiedete die CSU-Fraktion zudem einen „Qualitätspakt Hochschule“, der unter der Maxime „Köpfe statt Beton“ die Sparziele mit einer Verbesserung der universitären Ausbildung unter einen Hut bringen soll. Im Kern sollen



Würzburger Studenten beteiligten sich gestern am Protestmarsch in München gegen die geplanten Kürzungen im Bildungssystem. Insgesamt demonstrierten rund 30 000 Studenten aus ganz Bayern. FOTO DPA

die Universitäten dabei zur „Stärkung eigener Stärken“ angehalten werden. So wird etwa ein „Innovationsfonds“ eingerichtet, der einen

hochschulübergreifenden Austausch von Planstellen ermöglichen soll. Fonds und Pakt seien „ein Signal, dass das Einsparpotenzial im

Hochschulbereich ausgeschöpft ist“, erklärte der CSU-Hochschulexperte Ludwig Spaenle. Die Detail-Debatten über Stoibers 2,5 Milliarden-Euro-Sparprogramm zogen sich gestern noch bis in den späten Abend hin. „Es wird aber heute noch weißer Rauch aufsteigen“, hatte Finanzminister Kurt Falthäuser bereits in der Früh versprochen.

Es zeichnete sich aber ab, dass das 2,5 Milliarden Euro Sparpaket teilweise entschärft wird. Wie Falthäuser erläuterte, werden viele Abmilderungswünsche der CSU-Landtagsfraktion erfüllt. Gegenfinanziert wird das unter anderem durch höhere Neuverschuldung, die anstelle der ursprünglich eingeplanten 230 Millionen Euro nun bei rund 350 Millionen Euro liegen soll.

Finanzminister Falthäuser sagte: „Es ist richtig, dass wir mit den 120 Millionen vieles von den Forderungen abarbeiten können, die aus der Fraktion gekommen sind.“ Die Ministerien sollten ursprünglich ihre Ausgaben um etwa 1,8 Milliarden Euro reduzieren. Die letzten offenen Punkte betrafen den Umweltschutz und das Kultusministerium.

Zuschüsse für Ehrenamt

Gerungen wurde dem Vernehmen nach unter anderem noch über die Zuschüsse für das Ehrenamt: „Die geplanten 30 Prozent Kürzungen sind aber sicher nicht durchzuhalten“, erklärte der Schweinfurter CSU-MdL Hans-Gerhard Stockinger. Wer das Ehrenamt ständig hochhalte, könne schließlich nicht derart vehement die Unterstützung entziehen.

Im schwäbischen Kloster Irsee machte die Landtags-SPD Front gegen Stoibers Sparpaket. Die SPD forderte einen schlankeren Staat, den Abbau von Bürokratie und den Verzicht auf „überteuerte Prestigeobjekte“ wie den Transrapid.

Die Grünen wollen den Haushalt mit Sparmaßnahmen bei Verkehr und in der Landwirtschaft stabilisieren. Zum Abschluss ihrer Klausur in Bayreuth forderte die Fraktion unter anderem den Verzicht auf Donausaubau und Transrapid und den Stopp noch nicht begonnener Straßenbauprojekte. „Es macht keinen Sinn, pauschal Ausgaben zu kürzen“, sagte Fraktionschef Sepp Dürr.